

# Landeshauptstadt Magdeburg

## Änderungsantrag

DS0312/14/1 öffentlich

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
DS0312/14	22.10.2014

Absender	
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
Gremium	Sitzungstermin
Jugendhilfeausschuss	23.10.2014
Finanz- und Grundstücksausschuss	05.11.2014
Stadtrat	06.11.2014

Kurztitel
Ausbau der Bereitschaftspflege- und Pflegefamilien in der LH Magdeburg

Der Stadtrat möge nachfolgende Ergänzung des Beschlussvorschlages beschließen:

Die Punkte 1.-3. bleiben unverändert.

Punkt 4 wird wie folgt geändert:

4. Zur Unterstützung der Anwerbung von Pflegefamilien, für eine effektive Öffentlichkeitsarbeit sowie zur fachlichen Untersetzung der Pflegeelternseminare werden jährlich finanzielle Mittel in Höhe von 20.000 € im SK 53182500 eingestellt.

Punkte 5.+6. werden neu gefasst:

5. Der Stadtrat beschließt die verbesserte Förderung der Vollzeitpflege in Pflegefamilien (Dauerpflegestellen) analog des Konzeptes für Bereitschaftspflegestellen, beginnend ab dem Jahr 2015. Die Erhöhung der Pflegesätze gemäß Punkt 3. gilt für alle zukünftig zu besetzenden Pflegeplätze.

6. Die Träger werden seitens der Stadt aufgerufen, zur Unterstützung der Arbeit des Jugendamtes bei der Anwerbung, Schulung und Begleitung von Pflegefamilien ein ergänzendes Konzept zu entwickeln mit dem Ziel, die intensivere Begleitung der Pflege- und Herkunftsfamilien durch freie Träger auszuweiten. Die Konzepte und ihre Bewertung durch das Jugendamt sind dem Jugendhilfeausschuss bis zum III. Quartal 2015 zur Entscheidung vorzulegen.

Begründung:

Die Aufstockung der Sätze für die Bereitschaftspflegestellen ist begrüßenswert. Allerdings fehlt es, nach zahlreichen Einschnitten durch Verordnungen des Landes auch an Pflegestellen für Dauerpflege in Pflegefamilien, die i.d.R. (im Gegensatz zur stationären Unterbringung in Heimen) eher dem Charakter von Ersatzfamilien näher kommen. Insbesondere für sehr kleine Kinder ab 0 Jahren ist dies ausgesprochen wichtig.

Um künftig, trotz dieser Einschnitte, zusätzlich Kosten zu sparen, sollte die Stadt, unabhängig von den Landesvorgaben, den Pflegeeltern sowohl in der Bereitschaftspflege als auch in der Dauerpflege von sich aus mehr Geld zahlen, um zukünftig eine stärkere Verlagerung von der stationären Unterbringen in Heimen (die die Kommunen pro Platz mindestens monatlich 3.500 € kosten) hin zu den Pflegefamilien (Vollzeitpflege) zu ermöglichen. Den Kindern kann bei Erfolg der Maßnahmen eine häusliche Umgebung gegeben und kommunales Geld in Größenordnungen eingespart werden.

Die im Konzept enthaltene Strategie, zukünftig mehr Pflegestellen durch Werbung zu erreichen, ist sinnvoll. Die angesetzten Mittel in Höhe von 2.500,-€ sind nicht realistisch, um den gewünschten Werbeeffect zu erreichen. Angesichts der Millionenbeträge, die derzeit für stationäre Unterbringung aufgebracht werden müssen, sind 20.000,-€ für eine Werbekampagne nicht zu viel und gut angelegtes Geld, wenn die Werbung Früchte trägt.

Olaf Meister  
Fraktionsvorsitzender

Alfred Westphal  
Sozialpolitischer Sprecher